

Betroffene des "Radikalenerlasses" enttäuscht vom Runden Tisch

STUTTGART/BADEN-BADEN:



Klaus Lipps von der Initiative von Betroffenen des "Radikalenerlasses". Foto: Michael Latz/Archiv

sagte Klaus Lipps von der Initiative am Freitag in Baden-Baden. Die SPD-Vertreterin am Runden Tisch, die Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid, betonte, es könne keine pauschale Entschuldigung geben. Man müsse sich die Einzelfälle genauer anschauen. Nicht alle Berufsverbote seien grundfalsch gewesen. "Wenn man erst alle 2000 Fälle im Südwesten prüfen will, dann wird man sich nur bei unseren Grabsteinen entschuldigen können", sagte Lipps, dessen Initiative mehr als 100 Betroffene vertritt.

In den 70er Jahren konnte nur Beamter sein und werden, wer für die freiheitlich demokratische Grundordnung eintrat. Folge waren laut Initiative 11 000 offizielle Berufsverbotsverfahren, mehrere 100 davon in Baden-Württemberg.

[Infos zu Berufsverboten](#)

Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung
Copyright by SÜDWEST PRESSE Online-Dienste GmbH - Frauenstrasse 77 - 89073 Ulm